IMT Nuremberg Archives

H – 3197

International Court of Justice

H3197 - 0002

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date : 22 July 1948

I certify that Document Number 437-PS was introduced into evidence as Exhibit Number USA-610 in the Trial by the International Military Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall
Fred NIEBERGALL
Chief, Document
Control Branch.

H3197 - 0003

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document 434-PS No. USA - 610 is a photostat of an original document submitted in evidence by the United States Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the National Archives, Washington D.C. .

Paul Joosten

Nuremberg, 6 July 1948

PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military
Tribunal

H3197 – 0004

Inhaltsübersicht.

I.) Das politische Gesicht des Polentums.
(Seite 3 bis 7)

II.) Das Polentum unter deutscher Führung.
(Seite 7 bis 15)

III.) Die Möglichkeiten, das Polentum in den aktiven Abwehrkampf gegen den Bolschewismus einzubeziehen.
(Seite 15 bis 19)

IV.) Eingabe der "Vereinigten Polnischen Militär-Organisationen der Bewegung Miecz i Plug" zur Frage der militärischen Beteiligung des Polentums am bolschewistischen Abwehrkampf.
(Seite 19 bis 23)

V.) Massnahmen mit dem Ziel wirksamer Heranziehung des Polentums zum Kampf gegen den Bolschewismus.
(Seite 24 bis 33)

H3197-0005

3. Durchschrift

Der Generalgouverneur

19. Juni 1943

Geheim!

Mein Führer!

In dem gewaltigsten Ringen aller Zeiten, zu dem das deutsche Volk im Kampf um seine Lebensrechte unter Ihrer Führung angetreten ist, haben deutsche Soldaten in unvergleichlichem Siegeslauf weite europäische Gebiete mit ihrem Blut erkämpft. Auf Ihren Befehl sind diese Gebiete - anders als in früheren Kriegen - unverzüglich in den Dienst der Fortsetzung und siegreichen Beendigung des europäischen Freiheitskampfes gestellt worden. Durch intensive Bemühungen der Zivilverwaltung im Generalgouvernement unmittelbar nach dem siegreichen Abschluss des polnischen Feldzuges ist es in zunehmendem Masse möglich geworden, dem kämpfenden Europa gewaltige Beiträge

zur

H3197 - 0006

ist geplant, die Leiche zu verbrennen und die Urne nach dem Friedhof der Festung Kö - nigstein zu überführen. Entschieden müsste noch werden, ob die Beisetzung dieser Urne mit militärischen Ehren erfolgen soll oder nicht. Es ist sicherzustellen, daß ärztlicher Befund, Leichenschein, Verbrennungsschein ordnungsgemäss ausgestellt werden. Tatortskizze und genauer Bericht werden angefertigt. Grosse Bedenken dagegen, daß keine Verbrennung stattfäde, bestehen nicht. Diese Frage will der SD noch einmal intern überprüfen.

b) P r e s s e n o t i z .

Es ist auf jeden Fall auffällig, daß überhaupt die Tatsache eines Fluchtversuches eines französischen Offiziers in die Presse gebracht wird. Damit ist jedoch sichergestellt, daß diese Massnahme, die als Repressalie gedacht ist, auch in die Öffentlichkeit kommt. Der Text der Pressenotiz wird erst festgelegt, wenn die Modalitäten festliegen. Ausserdem wird noch einmal die Charakteristik des französischen Generals überprüft. Im übrigen wird sich aber das Kommuniqué stark an den Text der Reuter-Verlautbarung anlehnen.

c) Schutzmachtuntersuchung :

Durch die Auswahl der beteiligten Personen,

A097898

H3197 - 0007

und die Anfertigung aller aktenmässigen Unterlagen ist sichergestellt, daß bei einem Untersuchungsbegehren der Schutzmacht die zur Abweisung der Beschwerde notwendigen Unterlagen vorhanden sind.

Berlin, den November 1944.

A 097899

290445

H3197 – 0008

Machtansprüche waren auch sowohl das freie Polen wie ganz besonders der polnische Staat von 1918 mit nahezu allen Nachbarstaaten und Nachbarvölkern verfeindet.

Unter diesen Voraussetzungen konnte der Streben des polnischen Volkes nach staatlicher Unabhängigkeit kein dauernder Erfolg beschieden sein. Seiner politischen Führung ist es allerdings gelungen, die bis zum Weltkrieg unternommenen Versuche Deutschlands, Österreichs und Russlands, das polnische Element an ihre Staaten zu binden, zu stören. Hierbei ist es sogar dem Polentum in dem österreichischen Galizien trotz zahlenmässiger Minderheit gelungen, in verwaltungsmässiger Beziehung die Herrschaft zu erringen. Abgesehen vom Heer und von gewissen wichtigen Stellen, stellte es dort im parlamentarischen Zeitalter nahezu alle Beamten, öffentlichen Angestellten und Lehrer. Das Polentum in diesem Gebiet, dessen Verwaltung aus den reichen Steuererträgen der anderen österreichischen Länder schöpfen konnte, fehlte nur die staatliche Vereinigung mit seinen Stammesbrüdern unter preussischer und russischer Herrschaft. Diese günstige Lage des galizischen Polentums hatte zweifellos eine Abschwächung seines staatli-

chen

H3197 – 0009

chen Freiheitsstrebens zur Folge. Wenn auch in seiner Presse gelegentlich der Gedanke der Wiederaufrichtung eines freien Altpolens als selbständiger Staat propagiert wurde, überliess man die aktiven Vorbereitungen zur Verwirklichung dieses Wunsches den unter deutscher und russischer Herrschaft lebenden Volksteilen. Auch heute noch zeigt angesichts dieser politischen Entwicklung der galizische Pole eine weit weniger radikale und aktive Haltung im Volkstumskampf als der Pole aus den übrigen Teilen des Generalgouvernements. Er ist auch bolschewistischen Einflüssen in allen Schichten weniger zugänglich. Der nach dem Weltkrieg ins Leben gerufene grosspolnische Staat, welcher einseitiger Berufung auf gefälschte Unterlagen über das Volkstum in den von ihm in Anspruch genommenen Teilen und dem Willen der Westmächte, Deutschland niederzuhalten, seine Existenz verdankt, entsprach trotz der erreichten West- und Ostgrenzen immer noch nicht den grosspolnischen Plänen seiner eingangs charakterisierten politischen Führer. Obwohl die 1919 erreichten Grenzen über den polnischen Siedlungsboden weit hinausgingen, gaben diese Schichten den Traum eines polnischen Grossreiches von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer niemals auf. Sie verkannten

A094[illegible]

H3197 – 0010

ten dabei völlig, dass schon das ihnen in den Schoss gefallene Staatsgebiet niemals ein abgegrenzter oder geschlossener Siedlungsboden gewesen ist, sondern mit erheblichen Minderheiten aus dem Kreis der benachbarten Völker besiedelt war.

Die staatstragende dünne polnische Führungsschicht im polnischen Staat von 1918 bis 1939 hat schon allein durch ihr sattsam bekanntes Verhalten gegenüber den ihrer Obhut anvertrauten Minderheiten den Führungsanspruch in diesem Raume verwirkt. Sie musste aber weiter scheitern durch ihre meist auf hemmungslose Befriedigung persönlicher Vorteile bedachte Innenpolitik und infolge der Vernachlässigung der Grundrechte des ihrer Führung anvertrauten duldsamen Volkes auf ein sozial und wirtschaftlich lebenswertes Dasein. Die deutsche Führung in dem ehemals polnischen Staatsgebiet, soweit es nicht als uralter deutscher Siedlungsboden in das Reichsgebiet eingegliedert wurde, schliesst damit eine historisch notwendige Entwicklung ab, an deren Ende die Erschliessung, Befriedung und der Aufbau eines die gesamteuropäische Wohlfahrt störenden Unruheherdes im Osten Europas, nicht zuletzt auch zum Nutzen seiner Bewohner als Aufgabe und Zielsetzung steht. Die Durchführung dieser Aufgabe ist ein in seiner

<u>Wichtigkeit</u>

A 0[illegible]2

H3197 – 0011

Wichtigkeit nicht wegzudenkender Beitrag zur Neuordnung Europas.

II.) Das Polentum unter deutscher Führung.

Für die deutsche Verwaltung, welche nach Errichtung des Generalgouvernements Ende Oktober 1939 ihre Tätigkeit aufnahm, war nach den vorstehenden Ausführungen besonders vordringlich die Aufgabe, die bisherige polnische Führerschicht, die für die Gesamtheit des Landes und im europäischen Aufbau ihre schädlichen Einflüsse ausübte, auszuschalten und sie zu einer im Einklang mit den übergeordneten Interessen stehenden Haltung und Beschäftigung zu bringen. Alle Bemühungen um die Einführung des neugewonnenen Raumes mussten aber zum Scheitern verurteilt bleiben, wenn es nicht gelang, die Masse der polnischen Arbeiter und Bauern aus ihrer von ihren früheren Führern geduldeten, ja geförderten Apathie herauszureissen und zu werteschöpfender Tätigkeit anzuregen.

Es konnte zunächst festgestellt werden, dass ein nicht unerheblicher Teil der polnischen Bauern und Arbeiter von der deutschen Herrschaft eine Besserung ihrer Lebensverhältnisse erhoffte und daher

A 05

H3197 -0012

daher dem deutschen Wirken zunächst freundlich entgegen kam. Als Folge ihrer politischen Indifferenz konnte bei einigermassen ausreichender Ernährung und zweckdienlicher Behandlung die Masse der polnischen Bauern und der grösste Teil der polnischen Arbeiter ohne besondere Schwierigkeiten gelenkt und den deutschen Interessen dienstbar gemacht werden. Die die deutsche Herrschaft innerlich weitgehend ablehnende Oberschicht und der allerdings nicht breite polnische Mittelstand waren und sind dagegen politisch wesentlich aufgeschlossener. Trotz ihrer gegnerischen Einstellung konnte aber auch der grösste Teil des polnischen Mittelstandes und der polnischen Oberschicht in den ersten Jahren des Bestehens des Generalgouvernements so beeinflusst werden, dass sie ihre Arbeitskraft deutschen Interessen dienstbar machten. Nicht zuletzt wurden sie aus Selbsterhaltungstrieb dazu veranlasst, eine wenn auch nicht loyale, so doch legale Haltung zu bewahren. Zwar ist es immer wieder vorgekommen, dass kleine polnische Gruppen ohne Rücksicht auf ihr persönliches Schicksal nur aus nationalistischen Gründen aktiv gegen die deutsche Herrschaft vorgegangen sind, ohne dass aber ihre Tätigkeit zu Schwierigkeiten von besonderer Bedeutung geführt hätte.

Entsprechend

A 69-04

H3197 -0013

Entsprechend den Ankündigungen bei der Errichtung des Generalgouvernements, dass die Polen ihren Sitten gemäss ihr Leben führen, ihre polnische Eigenart beibehalten sollten und unter gerechter Herrschaft durch Arbeit ihr Brot verdienen könnten, sah die Masse der Polen zu Beginn Möglichkeiten, ein eigenes, von ihrem Standpunkt aus menschenwürdiges Dasein gestalten zu können. Auf die Masse des polnischen Volkes haben zwar die ihr nationales Empfinden beeinträchtigende öffentliche Abwertung des gesamten, vielfach nur missleiteten polnischen Volkstums, die Eingliederung polnischer Volksteile in das Reichsgebiet, die Ausgliederung anderer Volksgruppen (z.B. Ukrainer und Weissruthenen) aus dem Herrschaftsbereich der Polen und die Absplitterung von Volksgruppen, die von den Polen als eigene Volkszugehörige betrachtet werden (z.B. der Goralen) stimmungsmässig einen ungünstigen Einfluss ausgeübt. Auch die nicht immer taktisch geschickt geführte Deutschstämmigkeitsaktion hat sich in gleicher Weise ausgewirkt. Alle diese Massnahmen würden aber im Generalgouvernement ausser einer Verbreiterung nationalistischer Tendenzen allein nicht dazu geführt haben, dass die Masse des polnischen Volkes sich zu einem aktiven oder auch nur passiven Widerstand

A 094 [illegible]5

H3197 -0014

derstand gegen die deutsche Verwaltung bereitgefunden hätte.

Zu einer sehr erheblichen Stimmungsverschlechterung bei der Gesamtheit des polnischen Volkes im Generalgouvernement haben dagegen im Laufe der Zeit eine Reihe von Massnahmen oder Folgen der deutschen Herrschaft geführt, die entweder einzelne Berufsschichten oder die Gesamtheit des Volkes und zumeist auch - oft in vernichtender Härte - das Einzelschicksal getroffen haben. Hierzu gehören insbesondere

1.) die völlig unzureichende Ernährung, insbesondere der städtischen werktätigen Bevölkerung, die zum Grossteil in deutschem Interesse arbeitet.
Ihre zwar nicht abwechslungsreiche aber ausreichende Ernährung war infolge des agrarischen Überschusses des früheren polnischen Staatsgebietes trotz der Vernachlässigung durch ihre frühere politische Führung bis zum Krieg des Jahres 1939 im wesentlichen sichergestellt,

2.) die Beschlagnahme eines grossen Teiles des polnischen Grossgrundbesitzes, die entschädigungslose Enteignung und Aussiedlung polnischer Bauern aus Truppenübungsplätzen und deutschen Siedlungsgebieten,

3.) Eingriffe und Enteignungen auf dem industriellen

A 094306

H3197 – 0015

len Sektor, bei Handel und Gewerbe und sonstigem Privateigentum,

4.) Massenverhaftungen und -Erschiessungen durch die deutsche Polizei unter Anwendung des Systems der kumulativen Verantwortung,

5.) die rigorosen Methoden bei der Arbeitererfassung,

6.) die weitgehende Lahmlegung des kulturellen Lebens,

7.) die Schliessung der Mittel-, höheren und Hochschulen,

8.) die Einschränkung, ja völlige Beseitigung des polnischen Einflusses auf sämtlichen Gebieten der staatlichen Verwaltung,

9.) die Beschneidung des Einflusses der katholischen Kirche, der neben einer zweifellos notwendigen Beschränkung ihres umfassenden Einflusses vielfach Kloster, Schulen und von ihr geleitete und errichtete Wohltätigkeitsanstalten - oft in kürzester Frist - bis in die letzte Zeit stillgelegt und weggenommen wurden.

Im Gegensatz zur Behandlung des polnischen Bevölkerungsteiles im Generalgouvernement wurden die anderen Volksgruppen und Volkssplitter bisher erheblich besser gestellV. Die Ukrainer, Goralen, Weißruthenen

A09420?

H3197 – 0016

Weißruthenen, Russen, Kaukasier und Tataren blieben weitgehend von Eingriffen gegen die Sicherheit ihrer Person und ihres Eigentums verschont. Sie hatten daneben in ausreichendem Masse, allerdings unter deutscher Aufsicht, die Möglichkeit, sich ihrem Volkstum entsprechend auf dem kulturellen Sektor und dem Gebiet des Schulwesens zu betätigen. Zum Teil wurden sie auch ernährungsmässig günstiger behandelt. Die Religionsgemeinschaften dieser Gruppen, die griechisch-katholische, die griechisch-orthodoxe Kirche und die islamitischen Kultusgemeinden wurden im Gegensatz zu den Verhältnissen im früheren polnischen Staat durch die deutsche Verwaltung gefördert.

Als Folge der wesentlich besseren Behandlung der nichtpolnischen Volksgruppen des Generalgouvernements war bei diesen von Anfang an eine allgemeine Aufgeschlossenheit gegenüber den deutschen Zielen und insbesondere den Kriegsnotwendigkeiten festzustellen. Die stillschweigend anerkannten Vertretungsorgane dieser Volksgruppen haben sich zusammen mit ihren Religionsgemeinschaften stets aktiv und propagandistisch für die deutschen Forderungen eingesetzt. Bei der Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und bei der Arbeiterwerbung für das Reichsgebiet haben diese Volksgruppen

die

A 03[illegible]08

H3197 – 0017

die für den Einzelnen oft harten Massnahmen ihren Volkszugehörigen verständlich gemacht und immer wieder darauf hingewiesen, dass vor allem im Abwehrkampf gegen den Bolschewismus, für den der deutsche Soldat sein Leben einsetzt, die unter seinem Schutz stehenden Nichtdeutschen wenigstens durch Zurverfügungstellung ihrer gesamten Arbeitskraft und Produktion zum Siege beitragen müssen.

Darüber hinaus haben diese Volksgruppen immer wieder ihren Wunsch zum Ausdruck gebracht, mit der Waffe in der Hand gegen die Sowjets antreten zu dürfen und durch Freiwilligenmeldung die Bereitschaft zum aktiven Einsatz unterstrichen. Damit sind sowohl bei der Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse wie bei der Arbeiterwerbung Leistungen erbracht worden, die den Beitrag aller übrigen im deutschen Machtbereich arbeitenden Länder, gemessen an der beiderseitigen Leistungsfähigkeit, weit in den Schatten stellen. Trotz der im Verhältnis zu den Angehörigen anderer europäischer Länder als diskriminierend empfundenen Behandlung der nach Deutschland verbrachten fremdvölkischen Arbeitskräfte aus dem Generalgouvernement und der völlig unzureichenden Versorgungsmöglichkeiten für ihre zurückgebliebenen Angehörigen sind hier unverhältnismässig hohe Arbeitsreserven freigemacht worden.

Demgegenüber

1 A094209

H3197 – 0018

Demgegenüber hat die den polnischen Bevölkerungsteilen immer wieder zum Bewusstsein gebrachte differenzierte Behandlung der einzelnen Volksgruppen des Generalgouvernements, insbesondere auch die Massnahmen der deutschen Dienststellen, welche eine Beschränkung oder Gefährdung des Lebens des einzelnen Polen zur Folge hatten, allmählich in immer steigendem Masse dazu geführt, dass auch die breite Masse des polnischen Volkes mehr und mehr Neigung zeigt, sich an einem passiven, ja sogar aktiven Widerstand gegen die deutsche Herrschaft zu beteiligen. Der weitaus überwiegende Bevölkerungsteil im Generalgouvernement (etwa 10 Millionen) sind Polen. Die vorstehend erwähnten freiwilligen Leistungen der bevorzugten Volksgruppen umfassen nur den kleineren Teil der bisherigen kriegswirtschaftlichen Leistungen für das Reich auf dem Gebiet der industriellen Produktion und der Erzeugung von Ernährungsgütern. Den Hauptanteil hieran haben die Polen. Wenn trotz ihrer schlechten Behandlung durch die deutsche Herrschaft im Weichselraum die bisherigen Leistungen erzielt werden konnten, so ist diese Tatsache nicht nur ein erstaunlicher Beweis für die Langmut und die Duldsamkeit der Masse des polnischen Volkes, sondern darüber hinaus auch ein Zeichen dafür, dass der ganz überwiegende Teil der polnischen Bauern und Arbeiter einen grossen Fundus

von

A 00213

H3197 – 0019

von Loyalität gegenüber den deutschen Anordnungen und ihren harten Forderungen besitzt. Durch die lange Reihe der in den vergangenen Jahren gegen die polnische Bevölkerung getroffenen Massnahmen ist die Stimmung der Polen laufend verschlechtert worden. Dazu wächst auch gegenwärtig noch ständig die geschickte und skrupellose Agitation der Bolschewisten, die durch ständiges Wachhalten der Erinnerung an die deutschen Massnahmen unter der polnischen Bevölkerung einen ständig steigenden Hass gegen alles Deutsche entfacht hat.

In ihrem Gefolge hat sich insbesonders die Sicherheitslage im Generalgouvernement immer ungünstiger entwickelt. Eine deutsche Gegenpropaganda gegen die äusserst geschickte bolschewistische Infiltration, welche vielfach die deutschen Methoden nur wahrheitsgemäss darzustellen braucht, hatte von vornherein nur geringe Erfolgsaussichten.

III.) <u>Die Möglichkeiten, das Polentum in den aktiven Abwehrkampf gegen den Bolschewismus einzubeziehen.</u>

Die Auffindung der Massengräber bei Katyn bietet heute die Möglichkeit, einen grundlegenden Wandel in der Behandlung der Polen einzuleiten, ohne dass

<u>diese</u>

Anlage 11

H3197 – 0020

diese Änderung der Politik der deutschen Führung als Schwäche ausgelegt werden könnte. Allerdings vermögen äussere Propagandamittel allein keinen fühlbaren Stimmungsumschwung herbeizuführen. Tritt nicht eine Änderung des deutsch-polnischen Verhältnisses in wesentlichen Punkten hinzu, so wird diese günstige Gelegenheit einer Einbeziehung der einheimischen Bevölkerung des Generalgouvernements in die antibolschewistische Front unwiederruflich dahin sein.

Soll das polnische Volk sich in dem Schicksalskampf Europas die Kriegsziele der Achsenmächte zu eigen machen, ja soll es sie wenigstens verstehen, wird eine Erklärung über das zukünftige Schicksal des polnischen Volkes im neuen europäischen Raum kaum länger hinausgeschoben werden können. Wird doch der Kampf gegen den Bolschewismus jedem Fremdvolk umso berechtigter und notwendiger erscheinen, je stärker und augenscheinlicher sich die deutsche Führung und die unter ihr dem Einzelnen beschiedenen Lebensaussichten von bolschewistischer Gewaltherrschaft und bolschewistischen Lebens- und Wirtschaftsformen unterscheiden.

Es wird also eine Auswertung der Katyner Greuel zunächst von der Voraussetzung abhängig sein, dass unter deutscher Führung derartige Abschlachtungen unterbleiben.

A 05312

H3197 – 0021

unterbleiben. In dem Fremdvolk muss sich allmählich das Gefühl durchsetzen, dass die Deutschen an die Stelle der bolschewistischen Welt für Europa ein helles und besseres Prinzip setzen. Heute wird bedauerlicherweise in der polnischen Öffentlichkeit und nicht nur von der vielfach voreingenommenen Intelligenz Katyn in Vergleich gesetzt zu dem Massensterben in den deutschen Konzentrationslagern und den Erschiessungen von Männern, Frauen ja Kindern und Greisen bei den kumulativen Strafmassnahmen in Bandengebieten. Dass diese Strafmassnahmen die wahren Schuldigen meistens nicht treffen, braucht nicht hervorgehoben zu werden. Die von ihnen Betroffenen sind aber in vielen Fällen nicht einmal als Begünstiger der Bandentätigkeit anzusehen, da sie infolge ihres ungenügenden Schutzes und ihrer Waffenlosigkeit den Willkürakten der Banden preisgegeben sind und deshalb scheinbare Unterstützung nur unter dem Zwang unmittelbaren Terrors, vor dessen Anwendung ihnen die deutsche Herrschaft bei den gegenwärtigen Verhältnissen leider keinen Schutz gewähren kann, den Banden zukommen lassen.

Ich lege Wert darauf, an dieser Stelle nochmals festzustellen, dass ich die Bereinigung der deutsch-polnischen Beziehungen nicht als eine Angelegenheit

A 03213

H3197 – 0022

heit des Herzens und Gefühls sondern als einen Akt nüchterner Vernunft betrachte. Es gilt, bei der unerhörten Anspannung aller Kräfte zur Bewältigung des Krieges jedes Kriegspotential rücksichtslos auszunützen. Die Einreihung des polnischen Volkes in die bolschewistische Abwehrfront ist in einem Zeitpunkt, in dem sich der Mangel an deutschen Kräften auf allen Gebieten stärker und stärker bemerkbar macht, unausweichliches Gebot der Stunde. Mit unbrauchbaren Ideologien und falsch aufgefasstem Herrentum wird dem Reich unter den gegenwärtigen angespannten Verhältnissen nicht genützt.

Ich durfte eingangs ausführen, dass die überwiegende Mehrheit des polnischen Volkes an sich politisch indifferent ist. Es wäre falsch, sich vor der Tatsache zu verschliessen, dass heute auch breite Massen dieses Volkes infolge der äusserst geschickten bolschewistischen Propaganda, der äusseren Not und falscher Behandlungsmethoden aus dieser Indifferenz erwacht sind. Die Widerstandskreise wachsen ständig, die kommunistische Bewegung gewinnt in ihnen mehr und mehr an Raum. Hat diese Bewegung einmal eine gewisse Stärke erreicht, erfasst sie kraft ihres Gewichtes lawinenartig

auch

A694...

H3197 – 0023

auch Kreise, die heute noch politischen Bestrebungen fernstehen. Sie sind nur unter der Voraussetzung für Mitarbeit zu gewinnen, ja sie werden nur unter der Voraussetzung weiter sich legal verhalten, wenn sie die Überzeugung gewinnen, dass die deutsche Führung dem polnischen Volkskörper Ordnung, Sicherheit und leidliche kulturelle Entfaltung gewähren wird, um die es sich lohnt, gegen den gleichmacherischen Bolschewismus zu kämpfen.

Bevor ich im einzelnen aufführe, welche fördernden Massnahmen in Frage kommen und was künftig bei der Führung des polnischen Volkes unterlassen und geändert werden muss, nehme ich noch kurz Stellung zur

IV.) Eingabe der "Vereinigten Polnischen Militär-Organisationen der Bewegung Miecz i Plug" zur Frage der militärischen Beteiligung des Polentums am bolschewistischen Abwehrkampf.

Dem Wunsch, sich aktiv an den militärischen Auseinandersetzungen mit dem Bolschewismus zu beteiligen, kann eine breitere Resonanz im polni-

schen

A0942.5

H3197 - 0024

schen Volk nicht abgesprochen werden. Die Eingabe der "Vereinigten Polnischen Militär-Organisationen der Bewegung Miecz i Plug" geht von einer Bewegung aus, die zur Zeit keinen wesentlichen Einfluss auf die öffentliche Meinung des polnischen Volkes ausübt. In ihrer Führung sitzen Angehörige der polnischen Intelligenz alter konservativer Richtung, meist ältere Leute, die die galizischen Vorweltkriegsverhältnisse bereits miterlebt haben. Der grösste Teil ihrer früheren Anhänger ist in das Lager der aktiven nationalistischen Gruppen übergegangen, ja selbst bolschewistischen Ideologien erlegen. Den stärksten Einfluss in der polnischen öffentlichen Meinung haben die in der Eingabe aufgeführten Organisationen "ZWZ" (Geheime polnische Militärorganisation) und "Szaniec" (ONR). Die Gefolgschaft der ZWZ setzt sich im wesentlichen aus den Anhängern der ehemaligen polnischen Regierung zusammen, während die Politik des ONR unter Anerkennung autoritärer Staatsideen von jungen Nationaldemokraten vertreten wird. Beide Richtungen arbeiten eng zusammen, sind nationalistisch ausgerichtet und absolute Gegner des Bolschewismus. Die polnische Kommunistenpartei (PPR) hatte in der Vergangenheit in der Masse des polnischen

Volkes

A 0[illegible]

H3197 – 0025

Volkes nur wenig Widerhall gefunden. In der letzten Zeit hat jedoch der durch sowjetische Terrorgruppen verstärkte Aktivismus der PPR neue Anhänger gefunden, vor allem in Bauern, die entschädigungslos enteignet und damit entwurzelt wurden oder Kumulativ-Strafmassnahmen befürchteten, oder durch sonstige, bisher politisch indifferente Polen, die einem Zugriff deutscher Stellen entgehen wollten.

Gegen die in dem Memorandum der Organisation "Schwert und Pflug" zunächst gewünschte Teilnahme geschlossener polnischer militärischer Formationen am Abwehrkampf gegen den Bolschewismus bestehen nach den Erfahrungen des Weltkrieges erhebliche Bedenken. In Galizien betrieb Pilsudski seit 1905, von der österreichischen Verwaltung geduldet, die Ausbildung einer revolutionären polnischen Armee. Die Kampfgruppen wurden seit 1908 in den "Schützenverbänden" zusammengefasst und sollten die Grundlage für die künftigen polnischen Legionen bilden. Zwischen Pilsudski als dem Führer des polnischen Schützenverbandes und dem österreichischen Generalstab bestand bereits längere Zeit vor dem Weltkrieg eine Vereinbarung, wonach die polnischen Wehrorganisationen als selbständige Formationen zum österreichischen

Heer

A 004217

H3197 - 0026

Heer treten sollten. Diese "polnische Legion" Pilsudskis ist dann auch während des Weltkrieges auf österreichischer Seite eingesetzt worden, jedoch wegen ihrer Unzuverlässigkeit später der Auflösung verfallen. Nachdem die Mittelmächte die Errichtung eines polnischen Königreiches proklamiert hatten, sollte die Legion den Grundstock für die künftige Armee des neuen polnischen Staates bilden. Das Jahr 1917 erwies den völligen Fehlschlag dieser Politik. Die Aufstellung einer polnischen Armee erwies sich als unmöglich. Die Legionäre, die ihr Kampfziel, nämlich die Befreiung Polens durch die Mittelmächte, erreicht sahen, verweigerten den Eid. Pilsudski wurde verhaftet. Bei den zum deutschen oder österreichischen Heer eingezogenen Polen aus Posen, Westpreussen und Galizien wurden unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Durch die alliierte Propaganda und die ihnen dienstbaren polnischen, auf die Alliierten ausgerichteten Kreise beeinflusst, waren während des Weltkrieges vielfach Überläufer festzustellen. Daneben hat aber ein recht beträchtlicher Teil der eingezogenen Polen bis Weltkriegsende seine Pflicht erfüllt.

Die im Weltkrieg gemachten Erfahrungen kann man

nicht

A09-218

H3197 – 0027

nicht ohne weiteres auf die Gegenwart übertragen, da die europäische Mission des Abwehrkampfes gegen den Bolschewismus dem jetzigen Krieg eine ganz andere Zielsetzung gegeben hat, als sie für den Weltkrieg vorlag. Durch den Bolschewismus ist die Masse des polnischen Volkes in ihrem völkischen Dasein, aber auch im Einzelschicksal erheblich gefährdet. Diese Gefährdung ist den Polen nationalistischer Richtung oder denen von indifferenter Haltung vor allem nach dem Fall Katyn bewusst geworden. Es wäre daher einer eingehenden Überlegung wert, ob nicht wenigstens den, wenn auch nur kurzfristig unter bolschewistischer Herrschaft gewesenen Polen Ostgaliziens und den auch jetzt noch politisch wesentlich ruhigeren Polen Westgaliziens unter entsprechenden Vorsichtsmassnahmen die Aufstellung ähnlicher Formationen gestattet wird, wie sie für die Ukrainer in der Waffen-SS Division Galizien geschaffen wurde. Bei den schon jetzt von der Wehrmacht im Rahmen des Wehrmachtsgefolges z.B. als Panjefahrer, Techniker oder Hilfspersonal eingesetzten Polen aus dem Generalgouvernement dürfte es sich aus psychologischen Gründen empfehlen, die Familienangehörigen lebensmittelmässig und in der Hinterbliebenenfürsorge sicherzustellen.

V.)

H3197 – 0028

V.) Massnahmen mit dem Ziel wirksamer Heranziehung des Polentums zum Kampf gegen den Bolschewismus.

Weit bedeutungsvoller für den deutschen Endsieg werden gegenüber dem Problem der militärischen Beteiligung am europäischen Kampf die Massnahmen sein, welche dazu beitragen, die polnische Bevölkerung zu beruhigen und sie ausserhalb des militärischen Einsatzes für die Bereitstellung der wirtschaftlichen Grundlagen der deutschen Kriegführung einzusetzen.

1.) Die grosse Masse der polnischen Bevölkerung ist völlig unzureichend gekleidet und ernährt. Bei der im 4. Kriegsjahr eingetretenen Textilversorgungslage wird eine Besserung auf dem Textilversorgungsgebiet - auch nur eine ausreichende Versorgung der arbeitenden Bevölkerung - nicht zu erzielen sein, wie auch eine Bereitstellung von ausreichenden Heizmitteln unmöglich ist. Von ausschlaggebendem Einfluss auf die Besserung der Stimmung und Haltung wäre aber schon eine Konsolidierung der Ernährungslage der polnischen Bevölkerung. Die heute vor allem der Masse der städtischen Bevölkerung und überhaupt

H3197 - 0029

haupt dem nicht Landwirtschaft treibenden Bevölkerungsteil amtlich zugeteilten Rationssätze reichen zur Sicherstellung einer, wenn auch nur notdürftigen Ernährung des Einzelnen nicht entfernt aus. Da im Unterschied zur Versorgung der Bevölkerung mit anderen Bedarfsgütern die Ernährung der im staatlichen Interesse arbeitenden Massen in weiten Teilen des Sowjetgebietes zureichend war, ist die Ernährungslage ein günstiger Nährboden für kommunistische Propagandaparolen. Die Bevölkerung, wenn sie sich nur am Leben erhalten will, ist gezwungen, sich zusätzlich im Schleichhandel die notwendigen Lebensmittel zu beschaffen. Infolge der niedrigen Einkommenssätze vermag ein Grossteil der Bevölkerung bei den hohen Schleichhandelspreisen nicht die notwendigen Nahrungsmittel zu erwerben. Sie ist gezwungen, sich nach meistens illegalen Nebenerwerbsmöglichkeiten zum Schaden der ihnen übertragenen Aufgaben umzusehen. Ihr Gesundheitszustand und damit ihre Arbeitskraft verschlechtern sich zusehends, die Seuchenanfälligkeit steigt, insbesondere die Tuberkulose wächst sprunghaft an. Viele an sich geordnete Elemente verfallen unter diesen Verhältnissen

früher

A 091...21

H3197 – 0030

früher oder später der Versuchung, sich Bandengruppen anzuschliessen, die ja vielfach neben Sabotage und Vernichtung planmässig Bedarfsgüter für den eigenen Verbrauch zu gewinnen suchen. Die Bewilligung ausreichender Rationssätze, die allerdings eine Revision der die Leistungsfähigkeit des Generalgouvernements zur Zeit weit übersteigenden Ablieferungsverpflichtungen gegenüber dem Reich zur Voraussetzung hat, wird sich nicht umgehen lassen. Der polnische Arbeiter mag genügsamer sein als der tschechische, französische oder belgische Arbeiter; die ihm im Unterschied zu diesen fremdvölkischen Gruppen bei dem strengen Klima seines Landes zugebilligten Sätze sind aber nur Bruchteile des schon knapp bemessenen Existenzrahmens anderer fremdvölkischer Gruppen.

2.) Die nahezu vollständige Einstellung der Betätigungsmöglichkeit auf dem kulturellen Sektor hat bis in die unteren Schichten des polnischen Volkes hinein zu einer erheblichen Misstimmung geführt. Die polnische Mittel- und Oberschicht ist ausserordentlich bildungshungrig. Erfahrungsgemäss liegt in der Möglichkeit

A 09...62

H3197 - 0031

Möglichkeit einer kulturellen Betätigung gleichzeitig die Ablenkung von politischen Tagesfragen eingeschlossen. Die deutsche Propaganda stösst vielfach auf den von polnischer Seite vorgebrachten Einwand, dass die von der deutschen Herrschaft erzwungene Einschränkung der kulturellen Betätigung nicht nur keinen Unterschied gegenüber der bolschewistischen Kulturlosigkeit aufweist, sondern sogar unter dem den Sowjetbürgern zugebilligten Masse kultureller Betätigung verbleibt. Dass der Bolschewismus seinen Volkszugehörigen nur eine auf politische Verhetzung zugeschnittene kulturelle Betätigung bietet, hindert die Wirksamkeit der bolschewistischen Agitation nicht.

3.) Auf der gleichen Ebene steht die Schliessung der Hochschulen, der höheren Schulen und der Mittelschulen. Ihr wohldurchdachter Zweck ist zweifellos das Absinken des polnischen Bildungsniveaus. Die Verwirklichung dieses Zieles erscheint, auf die Kriegsnotwendigkeiten zugeschnitten, nicht immer den deutschen Interessen dienlich. Mit der Dauer des Krieges verstärkt sich auch auf den verschiedensten

A 094283

H3197 – 0032

densten Wissensgebieten das deutsche Interesse an der Mobilisierung geeigneter fremdvölkischer Nachwuchskräfte. Viel bedeutungsvoller ist aber die Tatsache, dass die Lahmlegung des Schulwesens und die weitgehende Unterbindung der kulturellen Betätigung in steigendem Masse zur Förderung einer gegen Deutschland verschworenen polnischen Volksgemeinschaft unter Führung der Intelligenz beiträgt. Was im Laufe der Geschichte des polnischen Volkes, was selbst in den ersten Jahren der deutschen Herrschaft nicht möglich war, nämlich die Herbeiführung einer auf ein einheitliches Ziel ausgerichteten und innerlich auf Gedeih und Verderb zusammenhaltenden Volksgemeinschaft, droht nun durch die deutschen Massnahmen langsam aber sicher Wirklichkeit zu werden. An diesem Prozess der Zusammenschliessung der einzelnen polnischen Bevölkerungsschichten kann die deutsche Führung angesichts der damit wachsenden Abwehrkraft der Polen nicht achtlos vorübergehen. Die deutsche Führung müsste auch durch gewisse kulturelle Konzessionen die Klassengegensätze fördern und nach Möglichkeit eine Bevölkerungsschicht gegen die andere ausspielen können.

4.)

H3197 – 0033

4.) Die Arbeitererfassung und die bei ihr allerdings vielfach unter dem unausweichlichen Druck der Verhältnisse beobachteten Methoden haben, gefördert durch eine geschickte bolschevistische Agitation, eine ungeheure Hassstimmung in weitesten Kreisen erzeugt. Die hierbei gewonnenen Arbeiter kommen vielfach mit einer tiefgründigen Entschlossenheit zum positiven Widerstand, ja zur aktiven Sabotage zum Einsatz. Eine Verbesserung der Werbemethoden in Verbindung mit der Weiterarbeit an der Abstellung von immer noch vorhandenen Missständen in der Behandlung der polnischen Arbeiter im Reich, eine auch nur notdürftige Fürsorge endlich für die zurückgebliebenen Familienangehörigen würde eine Stimmungsverbesserung auf diesem Gebiet bewirken, die sich in Hebung der Arbeitsfreude und Produktionssteigerung im deutschen Interesse umsetzen würde.

5.) Die deutsche Verwaltung ist zu Beginn des Krieges unter Entfernung des polnischen Elementes in allen wichtigen Stellen aufgebaut worden. Der vorhandene Bestand an deutschen Kräften war schon immer quantitativ und qualitativ

A 03[illegible]45

H3197 – 0034

litativ unzulänglich. Im vergangenen Jahr vollends musste unter dem Druck der Ersatzanforderungen der Wehrmacht eine sehr erhebliche Abgabe deutscher Arbeitskräfte erfolgen. Es mussten schon bisher zwangsläufig nichtdeutsche Arbeitskräfte in verstärktem Masse herangezogen werden. Bei einer wesentlichen Anderung in der Behandlung der Polen könnte die Verwaltung unter Beachtung aller gebotenen Vorsicht das polnische Element stärker zur Mitarbeit heranziehen, ohne welche die Verwaltung bei dem gegenwärtigen Kräftebestand, von späteren Abzügen nicht zu reden, garnicht aufrecht erhalten werden kann. Die stärkere Beteiligung der Polen würde auch an sich zu einer weiteren Verbesserung der Stimmung beitragen.

Neben den in diesen Vorschlägen aufgezeigten positiven Anderungen bedürfen eine Reihe von Methoden, die bisher bei der Behandlung der Polen beobachtet wurden, einer Abänderung oder müssen sogar zumindest während der Dauer des europäischen Kampfes völlig eingestellt werden.

1.) Dass Beschlagnahme und Aussiedlung auf dem Gebiet landwirtschaftlichen Grund und Bodens

für

H3197 - 0035

für die landwirtschaftliche Erzeugung weitgehende und nicht wieder gutzumachende Störungen mit sich gebracht haben, habe ich bereits in Sonderberichten dargetan. Nicht minder gross ist der stimmungsmässig mit solchen Aktionen verbundene Schaden. Schon die Beschlagnahme eines Grossteils des polnischen Grossgrundbesitzes hat die naturgemäss stets antibolschewistisch eingestellten davon betroffenen Schichten des polnischen Volkes verständlicherweise verbittert. Ihre gegnerische Einstellung fällt aber wegen ihrer geringen zahlenmässigen Stärke und ihrer völligen Absonderung von der Masse des Volkes lange nicht so ins Gewicht wie die Haltung der Masse der meistens kleinbäuerlichen Bevölkerung. Die aus wehrpolitischen Gründen zweifellos notwendige Aussiedlung polnischer Bauern aus dem Wehrplangebiet hat schon eine ungünstige Auswirkung auf die Gesinnung und Haltung vieler Bauern gehabt. Immerhin hielt sich diese Aussiedlung räumlich in gewissen Grenzen. Sie wurde auch durch sorgfältige Vorbereitung seitens der Regierungsdienststellen unter Vermeidung unnötiger Härten durchgeführt. Die vom Reichskommissar für die Festigung deutschen Volks-

tums

A 0[illegible]

H3197 – 0036

tums für notwendig erachtete Aussiedlung polnischer Bauern im Distrikt Lublin mit dem Ziel der Einsetzung volksdeutscher Siedler war schon im Umfange ungleich gewichtiger. Sie wurde dazu noch, wie ich bereits gesondert berichtet habe, in einem Tempo und nach Methoden durchgeführt, welche eine überhaupt nicht messbare Erbitterung unter der Bevölkerung geschaffen haben. Familien wurden in kürzester Frist auseinandergerissen, die Arbeitsfähigen ins Reich verschickt, während alte Leute und Kinder in leerstehende Judenghettos eingewiesen wurden. Dies ist mitten im Winter 1942/43 geschehen, wobei unter der ausgesiedelten Bevölkerung erhebliche Verluste besonders unter dem letztgenannten Personenkreis eingetreten sind. Mit der Aussiedlung war eine völlige Enteignung der beweglichen und unbeweglichen Habe der Bauern verbunden. Die gesamte Bevölkerung verfiel in den Glauben, dass die bisherige Aussiedlung den Anfang einer Gesamtaussiedlung der Polen aus dem Gebiet des Generalgouvernements bedeute. Allgemein wurde die Auffassung vertreten, dass es den Polen ähnlich ergehen würde wie den Juden. Für die kommunistische Agitation war die Umsiedlung

im

H3197 – 0037

im Distrikt Lublin eine willkommene Gelegenheit, um mit der ihr eigenen Geschicklichkeit die Stimmung im ganzen Generalgouvernement, ja bis in die eingegliederten Ostgebiete hinein nachhaltig zu vergiften. So kam es, dass erhebliche Teile der Bevölkerung in den Aussiedlungsgebieten, aber auch in von ihr nicht betroffenen Gebieten in die Wälder geflüchtet sind und den Banden erheblichen Zulauf gebracht haben. Die Folge war eine ungeheure Verschlechterung der Sicherheitslage. Diese zur Verzweiflung getriebenen Menschen werden von geschickten Agenten zu einer planmässigen Störung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion missbraucht.

2.) Dass die Gewährleistung der Sicherheit der Person eine unabdingbare Voraussetzung für eine bessere Einschaltung der Masse der polnischen Bevölkerung im Abwehrkampf gegen den Bolschewismus bildet, ist bereits bei der ersten Erwähnung des Katyner Verbrechens dargetan. Der mangelnde Schutz vor willkürlich erscheinenden Verhaftungen und Erschiessungen ist ein Hauptargument kommunistischer Propagandaparolen. Erschiessungen von Frauen, Kindern und Greisen in aller Öffentlichkeit, wie

sie

A 094229

H3197 – 0038

sie immer wieder ohne Wissen und gegen den Willen der Führung durchgeführt worden sind, müssen unter allen Umständen unterbleiben. Selbstverständlich fallen hierunter nicht öffentliche Hinrichtungen von Banditen und Partisanen. Bei Kollektivstrafen, die fast immer Unschuldige treffen und gegen eine in ihrer Grundhaltung politisch indifferente Bevölkerung verhängt werden, kann die ungünstige psychologische Auswirkung überhaupt nicht ernst genug genommen werden. Schwerwiegende Strafmassnahmen und Hinrichtungen sollten nur nach Durchführung eines wenigstens dem primitivsten Rechtsempfinden entsprechenden Verfahrens und unter Verkündung eines Urteils erfolgen. Auch wenn das Gerichtsverfahren noch so einfach, noch so mangelhaft und improvisiert durchgeführt wird, vermeidet oder mildert es die ungünstigen Auswirkungen einer von der Bevölkerung als rein willkürlich empfundenen Strafmassnahme und beeinträchtigt die bolschewistische Agitation, welche die jetzigen deutschen Massnahmen nur als Vorspiel zu künftigen Ereignissen darstellt. Dazu kommt, dass Kollektivstrafen, die sich naturgemäss vorwiegend gegen Unschuldige, im schlimmsten Fall Gezwungene

A0[illegible]

H3197 – 0039

gene oder Verzweifelte richten, nicht gerade als Zeichen der Stärke der herrschenden Macht bewertet werden, von der die Bevölkerung erwartet, dass sie die Terroristen selbst trifft und sie dadurch von der auf ihr lastenden Unsicherheit befreit.

Ich halte es allerdings für meine Pflicht, darauf hinzuweisen, dass eine dringend notwendige Stimmungsverbesserung angesichts der schweren Auswirkungen der bisherigen Politik nur allmählich kommen kann und der neue Kurs sehr sorgfältig gesteuert werden muss. Als Beleg für den Grad des Misstrauens gegenüber der deutschen Führung füge ich einen bezeichnenden Auszug aus dem Bericht des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement für die Zeit vom 1. bis 31. Mai 1943 an, der sich mit den aus Katyn sich ergebenden Propagandamöglichkeiten befasst. Er lautet:

„..... Ein grosser Teil der polnischen Intelligenz lässt sich jedoch nach wie vor von den Nachrichten aus Katyn nicht beeinflussen und hält den Deutschen angebliche gleiche Greueltaten, besonders Auschwitz, entgegen. In der breiten Masse der polnischen Bevölkerung haben die Nachrichten aus Katyn keine

für

H3197 – 0040

für Deutschland günstigen Auswirkungen gezeitigt. Zwar wird die Tatsache auch in den Arbeiterkreisen, soweit diese nicht kommunistisch eingestellt sind, kaum abgestritten, gleichzeitig aber darauf hingewiesen, dass die Einstellung Deutschlands den Polen gegenüber auch nicht besser sei. Es bestänben ja die Konzentrationslager in Auschwitz und Majdanek, wo gleichfalls ein Massenmorden der Polen am laufenden Bande stattfände. Nur ganz vereinzelt wird darauf hingewiesen, dass doch ein Unterschied zwischen der Ermordung unschuldiger Offiziere und der Unschädlichmachung illegal tätiger Personen bestehe."

3.) Neben den unter 1.) und 2.) aufgezeigten wichtigsten Voraussetzungen für die Befriedung des Generalgouvernements muss auch bei der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung die Sicherheit des Eigentums gewährleistet bleiben, wenn dem nicht zwingende Kriegsnotwendigkeiten entgegenstehen. Entschädigungslose Enteignungen oder Beschlagnahmen auf dem industriellen Sektor, bei Handel und Gewerbe und sonstigem Privateigentum sollten in jedem Falle unterbleiben, sofern sich nicht der Eigentümer oder Verfügungsberechtigte gegen die deutsche Autorität vergangen hat. Ist die Inanspruchnahme von industriellen Unternehmungen

H3197 -0041

gen, gewerblichen Betrieben oder Grundstücken aus kriegswichtigen Gründen erforderlich, sollte in jedem Falle unter Vermeidung von Härten und unter Gewährung einer angemessenen Entschädigung vorgegangen werden. Durch ein solches Vorgehen würde einerseite die Initiative polnischer Unternehmer gefördert und andererseits eine Schädigung deutscher kriegswirtschaftlicher Interessen vermieden werden.

4.) Bei der Beeinflussung der Stimmung der Polen kommt dem Einfluss der katholischen Kirche eine Bedeutung zu, die gar nicht überschätzt werden kann. Ich verkenne nicht, dass die katholische Kirche immer zu den Vorkämpfern eines staatlich unabhängigen Polens gehört hat. Zahlreiche Geistliche haben auch nach der deutschen Besetzung noch ihren Einfluss in dieser Richtung geltend gemacht. Auch in diesen Kreisen sind hunderte von Verhaftungen durchgeführt worden. Eine Reihe von Priestern sind in Konzentrationslager überführt und auch erschossen worden. Für die Gewinnung der Stimmung der polnischen Bevölkerung ist aber, wenn auch nicht eine Mitarbeit, doch wenigstens eine legale Haltung der Kirche erforderlich. Sie kann zweifellos gerade heute unter dem Ein-

druck

A094233

H3197 - 0042

druck des Verbrechens von Katyn für eine Verstärkung der Abwehrfront gegen den Bolschewismus im polnischen Volk gewonnen werden, weil sie schon aus Selbsterhaltungstrieb eine bolschewistische Herrschaft im Weichselraum ablehnen muss. Voraussetzung hierfür ist aber, dass künftig alle nicht durch unmittelbare Kriegsinteressen gebotenen Massnahmen gegen ihre Betätigung und ihren Besitzstand unterlassen werden. Bis in die letzte Zeit ist durch Schliessung von Klöstern, kirchlichen Anstalten und Wohltätigkeitseinrichtungen ein Schaden angerichtet worden, der weit über den im Einzelfall für deutsche Belange erzielten Nutzen hinausgeht und die an sich vorhandene Bereitschaft der Kirche zu antibolschewistischer Betätigung beeinträchtigt hat. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die ausserordentlich geschickte Propaganda des Bolschewismus, die während der Dauer der Besetzung von Ostgalizien aus propagandistischen Gründen der katholischen Kirche vielfach ihre Betätigungsmöglichkeit und ihren Besitzstand belassen hat. Bei der Wichtigkeit des Einflusses der katholischen Kirche müsste sogar ernsthaft die Gewährung von Kompensationen (etwa Öffnung eines der geschlos-

A0942

senen

H3197 – 0043

senen Priesterseminare) erwogen werden.

Mein Führer, ich bitte Sie, meine Ausführungen zu verstehen aus dem heissen Begehren heraus, dem deutschen Volk in der schwersten Phase seines Existenzkampfes eine wichtige Hilfe zu erkämpfen. In meinen Ausführungen ist zu den Fernzielen, welche die deutsche Führung nach glücklich beendetem Daseinskampf im Osten verwirklichen wird, nicht Stellung genommen. Mir scheint jedoch Schaden bisher besonders dadurch erwachsen zu sein, dass Fern- und Nahziele ohne nüchterne Abwägung der realen Möglichkeiten entweder gleichzeitig oder ohne entsprechende Abstimmung aufeinander verwirklicht werden sollten.

Ich bitte Sie, auch überzeugt zu sein, dass ich die von mir angeregten Massnahmen nicht geräuschvoll oder in einer Weise durchführen will, welche das Polentum als eine Schwäche der deutschen Führung zu werten vermöchte. Die Durchführung dieser Massnahmen würde ich vielmehr vorsichtigst, sorgfältigst und behutsamst dem Grade und der Zeit nach abwägen. Oberster Grundsatz meines Handelns

A 0942..5

H3197 - 0044

in diesen äusserst schweren Fragen wird aber stets hingebende und unbeirrbare Treue zu Ihnen und Ihrem epochalen Werk sein.

Heil Ihnen, mein Führer

Ihr

gez. Frank

anliegend
Inhaltsübersicht.

A094236

437-PS

9 3

H-3197

EXHIBIT U.S.A. 610 (437-PS)

Filed Jan. 10, 1946
[illegible]

INTERNATIONAL MILITARY TRIALS · NÜRNBERG ·

EXHIBIT U.S.A.

610

(437-PS)

A 694194

H3197 – 0045

H3197-0046

41 pages